https://gen-ethisches-netzwerk.de/node/291

Gen-ethischer Informationsdienst

Kurz notiert: Landwirtschaft & Lebensmittel

Saatgut-Grenzwert - Entscheidung vertagt

Die Europäische Kommission hat ihre Entscheidung zum Grenzwert für die Verunreinigung von Saatgut mit gentechnisch veränderten Sorten noch einmal vertagt. Außerdem wird das Verfahren geändert. Der Vorschlag der Kommission wird jetzt nicht nur in dem Ständigen Ausschuss für Saatgut verhandelt, sondern zunächst in dem für die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) zuständigen Ausschuss für Gentechnik. Mussten bisher in dem zuständigen Ausschuss 62 von 87 Stimmen (qualifizierte Mehrheit) gegen den Vorschlag der Kommission stimmen, muss nun die Kommission ihrerseits 62 Stimmen für ihren Vorschlag zusammen bekommen. Die Stimmen sind entsprechend der Bevölkerungszahlen auf die 15 Mitgliedsstaaten der Union verteilt, Deutschland hat zehn Stimmen. Die Entscheidung zu dem Verfahrenswechsel fällte die Kommission erst drei Tage vor dem anvisierten Termin für die Abstimmung. Unter anderem machte sich auch die deutsche Bundesregierung machte sich für das neue Verfahren stark. Ihre Strategie beschreibt das Bundesverbraucherministerium (BMVEL) entsprechend der Aussage des Koalitionsvertrages von 2002, dort ist von einem "möglichst niedrigen Grenzwert" die Rede. (PM BMVEL 23.10.03; www.saveourseeds.org 30.10.03) (pau)

Landwirtschaft ohne Bauern

"Mit großer Sorge" haben der Landesbauernverband Sachsen-Anhalt (LBV) und der Deutsche Bauernverband (DBV) die Initiative der Deutschen Biotechnologie-Unternehmen und des Landes Sachsen-Anhalt zur Kenntnis genommen, wonach es in dem Bundesland zu einem vorgezogenen Anbauprogramm von gentechnisch verändertem Bt-Mais kommen soll. Der Anbau soll auf der Basis eines "Memorandum Biotechnologie" geschehen, was LBV und DBV "umso verwunderlicher [finden], als Bund und Länder sich bisher noch nicht auf die Umsetzung der EU-Freisetzungsrichtlinie und der EU-Verordnung zur Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von GVO [gentechnisch veränderte Organismen] sowie Regeln für die Koexistenz verschiedener Anbauverfahren verständigt haben." Der LBV hat seine Unterschrift unter dieses Memorandum verweigert. DBV-Präsident Gerd Sonnleitner sagte auf der Herbsttagung des Bundes ökologische Lebensmittelwirtschaft: "Ich bin für die Aufrechterhaltung des Moratoriums, solange die Haftungsfragen nicht geklärt sind. Und wir sind für freiwillig gentechnikfreie Zonen." Bereits im September hatten die Anbauverbände des biologischen Landbaus und verschiedene Lebensmittel-verarbeitende Unternehmen die sachsen-anhaltinische Landesregierung aufgerufen, die Wahlfreiheit zu erhalten, die Gentechnik-freie Landwirtschaft vor Kontaminationen zu schützen und sich im Bundesrat für klare und strenge Regeln bei dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen einzusetzen. (Memorandum Biotechnologie, www.biomitteldeutschland.de; PM von LBV und DBV 06.11.03; agrar.de 07.11.03; PM Bioland, Demeter/Gäa und APÖL 01.09.03) (pau)

EU-Regionen wollen Koexistenz sichern

Neun europäische Regionen haben in einer gemeinsamen Erklärung ihre Vorstellungen zu einer konsistenten europäischen Regelung der Koexistenz von landwirtschaftlichen Anbauformen mit und ohne gentechnisch veränderte Pflanzen zum Ausdruck gebracht. Im Zentrum ihres Papieres stehen vier Aufforderungen an die Institutionen der Europäischen Union: Diese mögen (1) die Maßnahmen klar definieren, die Wettbewerbsstörungen verhindern und einem harmonisierenden Ansatz folgen, der dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung trägt. (2) Sie sollen dem Verursacherprinzip (polluter pays principle) zur Anwendung verhelfen und dabei die Pflichten im Falle der Verunreinigung deutlich machen. (3) Sie sollen desweiteren die Saatgutreinheit gewährleisten und (4) den Regionen die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden, ob sie aus Umweltschutz- oder Wirtschaftserwägungen heraus, Gentechnik-freie Zonen sein wollen, ohne dass diese Maßnahme eine Verletzung des freien Warenflusses darstellt. Die Erklärung wird von insgesamt neun Regionen in der Europäischen Union getragen: Neben Schleswig-Holstein in Deutschland sind dies das Aquitaine in Frankreich, das Baskenland in Spanien, Limousin in Frankreich, Oberösterreich und Salzburg in Österreich, Thrace-Rodopi in Griechenland, die italienische Toskana und Wales im Vereinigten Königreich. (Erklärung der Regionen; agrar.de, 04.11.03) (pau)

Streit um GV-Weizen in der Schweiz

Der Streit um die Freisetzung des gentechnisch veränderten Weizens in der Schweiz geht in nächste Runde: Das schweizerische Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, das BUWAL, hat Ende Oktober die Genehmigung für die Freisetzung unter, nach eigenen Angaben, "strengen Sicherheitsauflagen" erteilt. Bei dem Versuch will die Eidgenössische Tehnische Hochschule Zürich (ETH) auf acht Quadratmetern einen möglicherweise Pilz-resistenten gentechnisch veränderten Weizen freisetzen. Das BUWAL sprach seine Genehmigung aus, obwohl es den Versuch als "wenig sinnvoll" erachtet. Die Antragsteller von der Hochschule haben, so heißt in der Medienmitteilung, Ergebnisse aus einem Vorversuch nicht ausreichend in ihrem Antrag berücksichtigt. Im Gewächshaus hatte der so genannte KP4-Weizen keine erhöhte Pilz-resistenz gezeigt, vielmehr waren die Pflanzen sogar leicht stärker vom Pilz befallen als die - nicht gentechnisch veränderten - Ausgangssorten. Die eidgenössische Ethikkommission EKAH hatte einstimmig empfohlen, den Versuch nicht zu genehmigen, da sie an dessen wissenschaftlicher Qualität und an seinem Sinn zweifelt. Nach Meinung der Initiative Basler Appell gegen Gentechnologie stand die Behörde bei ihrer Entscheidung unter erheblichem politischen Druck: "Das BUWAL kann einem leid tun. Es ist nicht sicher, was seinem Image mehr schaden wird: der äußerst unpopuläre positive Entscheid für den Freisetzungsversuch der ETH oder die Tatsache, dass ihm das Budget derart zusammengestrichen wurde, dass man daran zweifeln muss, dass es seine Funktion überhaupt noch richtig ausüben kann." (Medienmitteilung BUWAL 30.10.03, www.umwelt-schweiz.ch; Medienmitteilung Basler Appell gegen Gentechnologie 30.10.03; siehe auch: Heinz Dünki: Streit um acht Quadratmeter Forschungsfreiheit; in: Gen-ethischer Informationsdienst (GID) 158, 6/7.03) (pau)

Keine Lösung für den Hunger

Gentechnik ist nicht in der Lage die Probleme zu lösen, die zum Hunger in der Welt führen. Hunger sei nicht die Folge geringer Produktivität, sondern von ungerechter Verteilung von Reichtum, von Kriegen oder Misswirtschaft, betonen die Organisationen Brot für die Welt, Misereor und Ökologische Lebensmittelwirtschaft. Für viele Bauern sei es wichtiger, dass der Zugang zu Land, sauberem und keimfähigem Saatgut sowie zu den einheimischen Märkten verbessert würde. Das erklärten die Organisationen Brot für die Welt, Misereor und der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft in einer gemeinsamen Presseerklärung. Sie nehmen damit Stellung zu einem Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag. In dem Antrag der Fraktion heißt es "die grüne Gentechnik [werde] in Zukunft ein Schwerpunkt der Agrarforschung und -entwicklung sein und einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Welternährung leisten", diese Einschätzung werde auch von der Welternährungsorganisation

der Vereinten Nationen, der FAO, geteilt. (PM Brot für die Welt, Misereor und und Ökologische Lebensmittelwirtschaft 23.10.03; Antrag CDU/CSU-Bundestagsfraktion, BT-Drucksache 15/1216) (pau)

Syngenta will keinen GV-Weizen freisetzen

Der schweizerische Konzern Syngenta wird im thüringischen Friemar (bei Gotha) keinen gentechnisch veränderten Weizen freisetzen. In einem Schreiben an das Robert Koch-Institut als die für die Genehmigung zuständige Behörde erklärt Syngenta, dass sie 2004 - und auf absehbare Zeit auch darüber hinaus - keinen gentechnisch veränderten Weizen in der Region freisetzen wird. Das Robert Koch-Institut hatte für 2003 einen Versuch genehmigt, der aber nicht zustande kam. Umwelt-Aktivisten von Greenpeace hatten Öko-Weizen auf dem Feld gesät, was - nach Angaben von Syngenta - die Versuchsergebnisse zu stark beeinflusst hätte und der Versuch entsprechend abgesagt wurde. Der Versuch stellt in einem etwas anderen Zusammenhang einen Sonderfall in der deutschen Freisetzungsgeschichte dar: Das Robert Koch-Institut hatte in den Auslegungsunterlagen die genauen Informationen zum neu eingefügten Genkonstrukt nicht mit veröffentlicht, diese sind bis heute nicht offiziell bekannt. (PM Greenpaece 17.10.03) (pau)

Gentechnik-freie Zone

Fünfzehn Landwirte aus Mecklenburg-Vorpommern haben im November eine Verpflichtung unterschrieben, wonach sie freiwillig auf ihren zusammenhängenden Flächen auf gentechnisch verändertes Saatgut verzichten. Die Aktion, von den Beteiligten auch als Memorandum bezeichnet, soll zunächst für ein Jahr gelten und wird vom Deutschen Bauernverband (DBV) unterstützt. "Wer eine funktionierende Koexistenz zwischen Betrieben, die gentechnisch verändertes Saatgut verwenden, und denen, die sie nicht einsetzen, tatsächlich will, muss zum Beispiel die Haftungsfrage sowie Abstandsregelungen bei den verschiedenen Kulturen gesetzlich festlegen", so der DBV. Ansonsten blieben nur "freiwillige Vereinbarungen als zweitbeste Lösungen zwischen den Landwirten", heißt es weiter in der Pressemitteilung des DBV. (PM DBV 25.11.03) (pau)

Kontaminierter Mais

Die Verunreinigung von konventionellen Maissorten in Mexiko ist nach Ansicht einer Gruppe von Nichtregierungsorganisationen deutlich stärker, als bisher befürchtet. In einer Pressemitteilung veröffentlichten sie nun die Ergebnisse von Testreihen, nach denen in neun mexikanischen Staaten gentechnische Verunreinigungen nachgewiesen werden konnten. Diese Staaten sind: Chihuahua, Morelos, Durango, Mexico-Stadt, Puebla, Oaxaca, San Louis Potosí, Tlaxcala und Veracruz. Die Genkonstrukte stammen aus verschiedenen GV-Maislinien, unter anderem Starlink, einer Linie, die - zum Beispiel - auch in den USA nicht als Nahrungsmittel zugelassen ist. Manche der gefundenen Pflanzen zeigten bis zu vier verschiedene eingekreuzte Konstrukte. Den Ergebnissen zufolge gab es Verunreinigungen in etwa einem Viertel der untersuchten Gemeinden (33 von 138). (gemeinsame PM der Gruppen, u.a. etcgroup, CECCAM, CENAMI, CASIFOP 09.10.03) (pau)

Neuer GV-Mais in den USA zugelassen

In den USA ist eine weitere Bt-Mais-Sorte des Konzerns Monsanto zugelassen worden. Bei diesen wurden gentechnische Veränderungen vorgenommem, so dass die Pflanzen nun zwei neue Proteine, zwei Insektizide produzieren. Beide kommen natürlicherweise aus dem Bacillus thuringiensis, es handelt sich um die Proteine Cry3Bb1 und Cry1Ab aus den bereits kommerzialisierten Sorten MON 863 (3Bb1) und MON 810 (1Ab). Nach übereinstimmenden Angaben des Herstellers Monsanto und der für die Zulassung zuständigen Umweltschutzbehörde (EPA) schützt der neue Mais vor Verlusten durch Schädlinge aus zwei verschiedenen Insektengruppen: einerseits gegen bestimmte Schmetterlinge, wie den Maiszünsler, und gegen den Wurzelbohrer, der zu den Käfern gezählt wird. Für Europa ist die Zulassung ebenfalls beantragt, aber noch

nicht erteilt. (PM Monsanto 03.11.03; PM EPA 04.11.03) (pau)

Erhöhter Pestizid-Verbrauch

Ein neuer Bericht zeigt, dass der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen in den USA zu einem um etwa 22.650 Tonnen erhöhten Verbrauch von Pestiziden geführt hat. Erstellt wurde der Bericht auf der Grundlage von Daten des US-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums aus den Jahren von 1996 bis 2003, das heißt genau aus dem Zeitraum, in dem in den USA gentechnisch veränderte Pflanzen kommerziell angebaut werden. Er vergleicht den durchschnittlichen Einsatz von Pestiziden auf Feldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen - vor allem Soja - und auf solchen mit konventionellen Pflanzensorten. Ein deutlicher Mehrverbrauch war bei Herbizid-resistenten Sorten zu beobachten: Viele Gentech-Landwirte mussten erheblich mehr spritzen, da sie sich mit einem Wechsel der Unkräuter (so genannter weed-shift) und zunehmenden Resistenzen konfrontiert sahen. In den ersten drei Jahren kam es zunächst zu einer Reduktion des Einsatzes von Pestiziden um etwa 11.000 Tonnen, seit 2001 zeichnet der Einsatz gentechnisch veränderter Sorten jedoch für einen Mehrverbrauch von etwa 33.000 Tonnen verantwortlich. Der Bericht wurde erstellt von Dr. Charles Benbrook, Landwirtschaftsberater und von 1984 bis 1990 Geschäftsführer des Landwirtschaftsauschusses der US-amerikanischen Akademie der Wissenschaften. (http:// www.biotech-info.net/technicalpaper6.html) (pau)

Australien: Gentech-Raps in Weizen

Im australischen Bundesstaat New South Wales (NSW) ist gentechnisch veränderter Raps in einem Weizenfeld gefunden worden. Der Raps stammt von einem weniger als einen Hektar großen Feld. Das Weizenfeld gehört zwar zum Untersuchungsgebiet, aber außerhalb der Fläche, wo der Raps wachsen sollte. Angesichts eines Antrages auf eine Freisetzung von gentechnisch verändertem Raps auf einer Fläche von 5.000 Hektar, der Anfang November gemeinsam von Monsanto und Bayer Cropscience gestellt wurde, sagte eine Sprecherin der Vereinigung besorgter Bauern: "Wenn die Gentech-Industrie es nicht schafft einen so kleinen Versuch zu kontrollieren, wie sollen sie es schaffen bei 5.000 Hektar verteilt auf sechzig bis hundert Flächen in ganz NSW? (Sydney Morning Post, 07.11.03, zitiert nach GENET-news, www.genet-info.org) (pau)

Petition zu Freisetzungsverbot abgelehnt

Nach zwei Jahren Bearbeitungszeit hat der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages die Forderung nach der Einstellung von Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen abgelehnt. Die Freisetzungen seien Teil des gesetzlich geregelten so genannten step-by-step-Verfahrens, welches "die Sicherheit für Mensch und Umwelt" (...) gewährleiste, ohne "die gegebenen Möglichkeiten dieser Technologie in nicht gerechtfertigter Weise einzuschränken". Auch könne der Ausschuss die Forderung nach einem Verbot der Herstellung und der Einfuhr gentechnisch hergestellter Lebensmittel in Deutschland und der EU nicht unterstützen. Die Bürgerinitiative "Gemeinsam gegen grüne Gentechnik" in Helvesiek hatte im Oktober 2001 eine entsprechende Petition eingereicht, die in dem darauffolgenden Jahr von 5000 Menschen unterstützt wurde, was, nach Angaben der Initiative, bezogen auf die Region eine ganze Menge war. (Petition, Entscheidung des Petitionsausschusses des Bundestages) (pau)

Starlink und Allergien

Nach einer Untersuchung, die im November im Journal of Allergy and Clinical Immunology veröffentlicht wurde, ist es weiter zweifelhaft, dass Starlink-Mais Allergien auslöst. Mit dem Mais, der in den Vereinigten Staaten nicht als Lebensmittel zugelassen ist, war im Jahre 2000 eine große Zahl von Lebensmitteln verunreinigt gewesen. Die Untersuchung wurde als so genannte Doppel-blind-Studie an einem Verbraucher durchgeführt, der seinerzeit über allergische Reaktionen geklagt hatte. Nach Aussagen eines der Autoren der

Veröffentlichung, Dr. Marc E. Rothenberg, Professor und Allergie-Spezialist am Cincinnati Children's Hospital Medical Center, handelt es sich bei der gewählten Art der Untersuchung um den "gold-standard" der Nahrungsmittel-Allergie-Tests. Die neuen Ergebnisse unterstützten die Ansicht, es gebe keine Probleme bezüglich Allergien. Einschränkend fügte er hinzu, es sei besser, mehr Menschen zu testen. (New York Times 10.11.03, www.nytimes.com) (pau)

USA: Strahlende Fische für den Zierfischmarkt

Eine US-Firma, die Yorktown Technologies aus Austin im US-Bundesstaat Texas, hat angekündigt ab dem fünften Januar des kommenden Jahres gentechnisch veränderte Aquarium-Zebrafische auf den Markt zu bringen, die im Dunkeln strahlen. Den Fischen - GloFish genannt - ist ein Gen aus einer See-Koralle eingesetzt worden, so dass sie im normalen Licht hellrot sind, unter ultraviolettem Licht jedoch fluoreszieren. Normalerweise sind Zebrafische silberfarben oder schwarz. (New York Times 22.11.03, www.nytimes.com) (pau)

GV-Ziegen arbeitslos

Presseberichten zufolge wird die kanadische Nexia Inc. (Montreal) nicht weiter mit ihren gentechnisch veränderten Ziegen arbeiten. Das Projekt gehe nicht recht voran und die US-amerikanische Zulassungsbehörde (FDA) hatte weitere Tests angemahnt. Außerdem, so heißt es, habe das Unternehmen in diesem Jahr bereits 12 Millionen Dollar rote Zahlen geschrieben. Die Nexia hatte versucht mit Hilfe der gentechnisch veränderten Ziegen, denen ein Gen für Spinnseide eingesetzt worden war, Materialien für leichte Gewebe herzustellen. Der Grundstoff für diese Materialien wäre in der Milch gewesen. Außerdem wurde berichtet, die Firma habe 214 ihrer älteren Ziegen geschlachtet, weil sie alt und "weniger produktiv" seien als die neuen gentechnisch veränderten Spinnenseide-Ziegen. (Press Republican, Canada, 30.10.03 und 19.11.03, zitiert nach GENET-news, www.genet-info.org) (pau)

Weltbank-Programm für GV-Pflanzen

Die Weltbank hat ein Programm neu aufgelegt, mit dem die Versorgung mit bestimmten Nahrungsmittelbestandteilen verbessert werden soll. Im Rahmen des Programms sollen gentechnisch veränderte Pflanzen entwickelt werden, die einen höheren Gehalt an - zum Beispiel - Vitaminen aufweisen. Das Projekt "HarvestPlus" wird von zwei Instituten durchgeführt: dem International Food Policy Research Institute in Washington/DC (USA) und dem Tropical Agricultural Center in Kolumbien. Finanziert wird das Projekt von der Weltbank (12 Millionen US-Dollar) und der Hilfsorganisation USAID (2 Millionen US-Dollar). Außerdem bekam es Mitte Oktober eine Spende über 25 Millionen US-Dollar von der Bill und Melinda Gates-Stiftung. Monsanto (aus St. Louis in den USA) begrüßte Mitte Oktober die Neuauflage des Programms. Der Pflanzen-Biotechnologie-Konzern, so wird berichtet, habe Informationen für eines der Unterprojekte bereitgestellt, in dem es um die (mittels Gentechnik) erhöhte Produktion von Provitamin A in einer afrikanischen Maissorte geht. (Weltbank Press-Reviews, 21.10.03; www.worldbank.org; (pau)

EU: Bald neue Zulassungen für GVO?

Die EU-Kommission will noch in diesem Jahr über den Import und die Vermarktung der gentechnisch veränderten Maissorte Bt11 der Firma Syngenta entscheiden. Der ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit der Europäischen Kommission will am 12. Dezember Dezember über einen enstsprechenden Entwurf diskutieren. Die Entscheidung würde noch nach der so genannten Novel Food-Verordnung (258/97/EC) getroffen werden und könnte das Ende des De-facto-Zulassungmoratoriums der Europäischen Union bedeuten. Außerdem könnten in den nächsten Wochen und Monaten Entscheidungen über die Zulassungen weiterer gv-Maissorten und einer Rapssorte von Monsanto fallen, zum Beispiel die Linien GT73 (Raps), Nk603, GA21 und MON863 und 863MONxMON810. (pau)

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 161 vom Dezember 2003
Seite 17 - 19